

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan**  
am Mittwoch, dem 11.03.2026 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00

Ende:  
19:33

**Vorsitz**

Stv. Martin Haesen

**CDU-Fraktion**

AM Janin Kampmann  
Stv. Jens Pichtemann  
Stv. Henrik Radtke

**SPD-Fraktion**

Stv. Felix Blossey

Ab 17:24 Uhr teilgenommen.

**WLH-Fraktion**

Stv. Tessa Lukat

**GAL-Fraktion**

Stv. Lucio Dröttboom

**Die Linke**

AM Claudia Meineck

**FDP-Fraktion**

AM Eva-Lotta Dahmann

**Bürger Union**

AM Stefan Nebermann

Ab 18:19 Uhr abwesend.

**stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Fabian Dawin  
AM Hanno Krüger  
AM Bernhild Kurosinski  
AM Anna Rosina Neuwald  
AM Tanja Zeiger

Ab 17:13 Uhr teilgenommen.

**beratende Mitglieder**

AM Dagmar Argow  
Frau Madeleine Busenkell  
AM Anna-Livia Gloth  
AM Gesa Matusczyk

AM Ute Müller  
PHK Wolfgang Nellen  
AM Jana-Sarina Respondeck  
Herr Dr. Artur-Aron Weber

Ab 17:55 Uhr abwesend.

**Vertreter des Seniorenbeirates**

Frau Dagmar Fach

**beratende Mitglieder JuPa**

Frau Melin Atakay  
Herr Henrik Giebels

Ab 18:00 Uhr abwesend.

**Bürgermeister**

Bürgermeister Vincent Endereß

**1. Beigeordnete**

1. Beigeordnete Annette Herz

**Verwaltung**

Herr Peter Burek  
VA Stephanie Dellit  
StR'in Anja Esser  
StHS'in Simone Herweg  
VA Pierre Shirvan  
VA Sarah Trump  
VA Sarah Wendel

Der **Vorsitzende Martin Haesen** eröffnet um 17:00 Uhr die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung:**

Die Tagesordnungspunkte 13 und 14 sind versehentlich in die Tagesordnung aufgenommen worden und finden daher keine Berücksichtigung.

Ein Bericht aus dem Unterausschuss Kinderschutz erfolgt nicht, da dieser nicht mehr besteht.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1./ Verpflichtung von Ausschussmitgliedern**

---

#### **Protokoll:**

Die Ausschussmitglieder, die nicht Ratsmitglieder sind, werden durch den **Vorsitzenden Martin Haesen** mit folgenden Worten verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

Als neue Ausschussmitglieder haben sich **Herr Wolfgang Nellen** und **Herr Fabian Dawin** verpflichtet.

### **2./ Befangenheitsmitteilungen**

---

#### **Protokoll:**

Auf die Frage des **Vorsitzenden Martin Haesen**, ob sich jemand für befangen erklärt, meldet sich **Stv. Jens Pichtemann**. Er erklärt sich zum TOP 9 Haushaltsplanberatungen 2026, Nr. 28 für befangen.

### **3./ Schriftführung** **Vorlage: II/087/2026**

---

#### **Beschluss:**

Als Schriftführerin für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan wird Frau Anita Pitscher bestellt. Als stellvertretende Schriftführer für die Sitzungen des

---

Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan werden Herr Pierre Shirvan und Herr Dietmar Pantel bestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

## **4./ Kinder- und Jugendfragestunde sowie Kinder- und Jugendparlament**

### **Protokoll:**

**Pia** informiert über den aktuellen Stand aus dem Kinderparlament. Das neu gewählte Kinderparlament mit 28 Delegierten hat seine Arbeit aufgenommen. Nach der Auftaktveranstaltung im Dezember fand im Januar ein Kinder- und Jugendaktivtag mit 48 Teilnehmenden statt. Die dort erarbeiteten Ergebnisse fließen in den Kinder- und Jugendförderplan ein.

Seit Februar arbeiten die Kinder in drei Arbeitskreisen (Vielfalt leben, Nachhaltigkeit/Umwelt/Natur, Unsere Stadt), die regelmäßig tagen.

Erste Maßnahmen:

- Wiederherrichtung und Erweiterung der Pflanzfläche an der Millrather Straße durch den AK Umwelt/Natur
- Geplante Aktion des AK Vielfalt leben im Mai
- Anregung des AK Unsere Stadt zur Einrichtung von Fahrradständern an der Sportanlage TSV Gruiten (Umsetzung mit ca. 40 Stellplätzen geplant laut Rückmeldung des TSV Gruiten vom 16.03.2026)

Weitere Aktivität:

Rathausführung am 23.03. („Demokratie-Detektive im Rathaus - eine historische Spurensuche“)

Aktuelle Informationen sind fortlaufend auf der städtischen Homepage abrufbar.

**Herr Henrik Giebels** berichtet vom Jugendparlament. Ein neuer Vorstand wurde gewählt und hat seine Arbeit aufgenommen. Zur Unterstützung der neuen Mitglieder des JuPa wurde ein Seminartag geplant. Die nächste Sitzung ist für den 23.03.2026 geplant.

## 5./ Bericht der Unterausschüsse "Spielflächen/Jugendorte" und "Kinderschutz"

---

### Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** informiert zu zwei geplanten Sitzungen des Unterausschusses in der 20. bzw. 22. Kalenderwoche. Dabei soll der aktuelle Sachstand der Evaluation des Spielflächenleitplanes unter Beteiligung des JuPa und des KiPa vorgestellt werden.

## 6./ Kita-Bedarfsplanung Vorlage: 51/007/2026

---

### Protokoll:

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** stellt die aktuelle Kita-Bedarfsplanung anhand einer Präsentation vor.

Grundlage der Planung ist der flächendeckende Trend sinkender Geburtenzahlen. Für die Prognose wird derzeit von einer durchschnittlichen Geburtenrate von ca. 222 Kindern pro Jahr ausgegangen. Auf Basis dieser Entwicklung ist eine frühzeitige Anpassung der Angebotsstruktur erforderlich.

Nach aktueller Planung besteht künftig nur noch eine geringfügige Überbelegung, insgesamt befindet sich die Stadt weiterhin in einer Überversorgung mit Betreuungsplätzen.

**Stv. Felix Blossy** bedankt sich für die Planung und hat Rückfragen zu einzelnen Zahlen, insbesondere zur Anzahl gemeindefremder Kinder (60 bzw. 66). Zudem fragt er, wie der geplante Abbau von halben Gruppen in der evangelischen Kita Gruiten umgesetzt werden soll und welche Maßnahmen die Verwaltung plant, um die Versorgungsquote von Kindern mit Fluchthintergrund zu erhöhen.

**Abteilungsleiterin Sarah Trump** erläutert, dass hierzu ein enger Austausch mit dem Träger besteht. Die konkrete Ausgestaltung hänge auch von der Aufnahmesituation vor Ort ab. Zudem sei vorgesehen, den zweiten Standort der Einrichtung aufzugeben.

Die Verwaltung sagt zu, die angesprochenen Zahlen noch einmal im Protokoll zu prüfen und ggf. zu präzisieren.

*Antwort der Verwaltung auf die Frage nach den gemeindefremden Kindern:*

#### Durch die Träger übermittelte Zahl

*Kap. 5.1 Trägergespräche, Seite 7:*

*„Auch wurde anschließend nach den betreuten Kindern aus anderen Kommunen gefragt. In Summe gaben die Träger hier 60 Kinder an, was etwas von der vom Jugendamt registrierten Gesamtzahl abweicht.“*

#### Durch die Verwaltung ermittelte Zahl

*Factsheet sowie Kap. 6.2.1 Gemeindefremde Kinder, Seite 2 + 18:*

---

*„Im Kindergartenjahr 2025/2026 (Stand Dezember 2025) ist ein Sinken der Zahl der gemeindefremden Kinder auf 66 zu verzeichnen.“*

Bezüglich der Betreuung von geflüchteten Kindern im U3-Bereich verweist die **Abteilungsleiterin Sarah Trump** auf entsprechende Mitteilungen des SIM an das Sachgebiet 51-3. Auf dieser Basis können die Kinder gezielt vermittelt werden, wenn dies gewünscht ist.

**Frau Jana-Sarina Respondeck** (TSV Griten) fragt, ob ein Plan B vorgesehen ist, falls sich die prognostizierte Entwicklung der Kinderzahlen anders darstellt.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** erläutert, dass die KiBiz-Reform künftig eine Überbelegung von bis zu vier zusätzlichen Kindern pro Einrichtung ermöglicht. Darüber hinaus besteht erstmals die Möglichkeit der Passivierung von Plätzen, wodurch Kapazitäten vorübergehend reduziert werden können, ohne die Betriebserlaubnis ändern zu müssen. Zudem können Zweckbindungen übertragen werden. Insgesamt sieht sich die Stadt aufgrund der vorhandenen Strukturen flexibel aufgestellt, um auf Veränderungen reagieren zu können.

**Bürgermeister Vincent Endereß** stellt klar, dass sich bei der Kita Käthe-Kollwitz keine Veränderungen an den Räumlichkeiten ergeben. Diese stehen weiterhin zur Verfügung.

**Stv. Felix Blosser** nimmt Bezug auf den in der letzten Sitzung gestellten Antrag der SPD zur Kita Am Sandbach. Die anschließende Aufarbeitung habe gezeigt, dass einige Annahmen nicht zutreffend gewesen seien, gleichzeitig habe die Prüfung für die Verwaltung einen erheblichen Arbeitsaufwand bedeutet. Er berichtet von einem Gespräch mit Eltern der Einrichtung, in dem viele Sorgen geäußert worden seien. Für die Zukunft sei es wichtig, Kommunikation und Dialog konstruktiver zu gestalten und frühzeitig mit allen Beteiligten zu sprechen. Zugleich regt er an, dass der Jugendhilfeausschuss eine fachliche Haltung zu der Entwicklung einnimmt. Angesichts der rückläufigen Kinderzahlen könne perspektivisch eine Schließung der Einrichtung im Raum stehen, weshalb er zunächst eine Passivierung von Gruppen als möglichen Zwischenschritt für sinnvoll hält.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** verweist darauf, dass zahlreiche Kommunen aktuell vor vergleichbaren Herausforderungen stehen.

**Stv. Lucio Dröttboom** bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung zu den Argumenten des Stadtelternrates.

Die **1. Bgo Annette Herz** führt aus, dass grundsätzlich alle Beteiligten hoffen, dass sich die Geburtenzahlen wieder erhöhen, um Gruppen- oder Einrichtungsschließungen zu vermeiden. Die Kritik an der Kommunikation wäre aus Sicht der Verwaltung nur dann berechtigt, wenn die Absicht einer Gruppen- oder Einrichtungsschließung erstmals mit der Veröffentlichung der Kita-Bedarfsplanung bekannt geworden wäre. Die Stellungnahme des Stadtelternrates lasse jedoch viele Punkte offen und wirke inhaltlich wenig konkret. Dennoch ist die Verwaltung weiterhin gesprächsbereit, um offene Fragen zu klären.

---

**Abteilungsleiterin Sarah Trump** ergänzt, dass sich die Fertigstellung der Vorlage verzögert habe, da bis zuletzt intensive Gespräche mit den Trägern geführt worden seien.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** stellt zusätzlich eine Excel-Auswertung der Kapazitäten vor und weist darauf hin, dass selbst bei Umsetzung aller vorgeschlagenen Maßnahmen weiterhin eine Überversorgung mit Betreuungsplätzen bestehen würde.

**Frau Ute Müller** bestätigt, dass die Caritas als Träger lange Gespräche mit der Verwaltung geführt habe. Auch aus Sicht der Träger sei es unvermeidbar, Plätze zu passivieren und Gruppenstrukturen anzupassen. Die Entwicklung der Kinderzahlen verlaufe deutlich schneller als erwartet und betreffe viele Kommunen gleichermaßen. Die Wartelisten seien weitgehend abgearbeitet. Eine Herausforderung bestehe in den starren Gruppenstrukturen des KiBiz. Wenn weniger U3-Kinder vorhanden sind, müsse die Gruppenform geändert und eine neue Betriebserlaubnis beantragt werden, was mit erheblichem Aufwand verbunden sei. Hier fehle es aus Sicht der Träger teilweise an Flexibilität des LVR.

**Herr Hanno Krüger** bewertet die Kita-Bedarfsplanung als strategisch gut aufgestellt und spricht der Verwaltung Anerkennung für die Bewältigung der komplexen Situation aus. Er erkundigt sich nach den Rahmenbedingungen der Passivierung von Plätzen, insbesondere hinsichtlich der zeitlichen Begrenzung. Zudem zeigt er sich überrascht, dass zwei Einrichtungen noch an einem Kinderschutzkonzept arbeiten.

**Abteilungsleiterin Sarah Trump** erläutert, dass die Passivierung zunächst auf ein Jahr begrenzt ist und damit eine temporäre Anpassung der Kapazitäten ermöglicht, ohne eine Änderung der Betriebserlaubnis vornehmen zu müssen. Zusätzlich sei die Planungsgarantie nach KiBiz zu berücksichtigen.

**Stv. Janin Kampmann**, Mutter eines Kindes in der Kita Am Sandbach, schildert die Unsicherheit und Sorge vieler Eltern. Neben der wirtschaftlichen Betrachtung sei insbesondere mehr Transparenz und frühzeitige Information wichtig gewesen.

**Abteilungsleiterin Sarah Trump** verweist auf einen Elternbrief sowie ein Treffen mit dem Elternbeirat am 27.02., in dem die Situation erläutert worden sei. Die **1. Bgo. Annette Herz** bietet zudem ein persönliches Telefonat zur weiteren Klärung an.

**Stv. Lucio Dröttbohm** erkundigt sich, ob der Jugendhilfeausschuss künftig über kleinere Anpassungen der Planung informiert wird.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** erläutert, dass dies bisher nicht üblich gewesen sei und aufgrund der Vielzahl von Faktoren auch nicht zwingend erforderlich sei. Bei größeren Abweichungen werde der Ausschuss selbstverständlich informiert.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** merkt abschließend an, dass der Elternbrief kurz nach der Ratssitzung bei einigen Eltern Irritationen ausgelöst habe, was bei zukünftigen Kommunikationsschritten berücksichtigt werden sollte.

---

**Beschluss:**

Der JHA nimmt die die Empfehlungen aus den Beschlussvorschlägen 1 und 2 zur Kenntnis und beschließt diese.

**Abstimmungsergebnis:**

Beschlussvorschlag 1:

einstimmig

Beschlussvorschlag 2:

einstimmig

**zu 6.1     **Anfrage WLH-Fraktion zu TOP 6**  
              **Antrag: ANF/044/2026****

Antwort liegt vor.

**7./     **Satzung für das Jugendamt**  
          **Vorlage: 51/006/2026****

---

**Protokoll:**

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** geht auf den Antrag der WLH-Fraktion ein.

Stv. Felix Blossey befürwortet den Vorschlag der WLH-Fraktion und regt zugleich an, denn Seniorenbeirat in § 5 Abs. 2 als beratendes Mitglied zu berücksichtigen.

Im Ausschuss herrscht Uneinigkeit bezüglich der Einführung von zwei Stellvertretungen. Daher wurde durch den **Bürgermeister Vincent Endereß** eine Unterbrechung zwecks Prüfung beantragt.

Vorsitzender Martin Haesen, weist nach Wiederaufnahme der Sitzung darauf hin, dass der Antrag im Widerspruch zu den gesetzlichen Vorgaben des AG KJHG NRW (§ 4 Abs. 3) steht. Daher ist der Vorschlag zur Einführung von zwei persönlichen Stellvertretungen aus dem Satzungsentwurf zu streichen.

Der Antrag der SPD zur Einbindung des Seniorenbeirates wird zur Abstimmung gegeben.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss hat, die durch die Verwaltung überarbeitete Fassung der Satzung für das Jugendamt zur Kenntnis genommen und empfiehlt dem Rat der Stadt Haan, die als Anlage beigefügte Neufassung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Haan in der vorgelegten Fassung zu beschließen.

---

**Abstimmungsergebnis:**

Einbindung Seniorenbeirat: einstimmig

Beschlussvorschlag: einstimmig

---

**8./ Anpassung von Elternbeiträgen für Kitas und OGS**  
**Vorlage: 51/004/2026**

---

**Protokoll:**

Der **Abteilungsleiter Herr Pierre Shirvan** stellt Anpassungsmöglichkeiten der Elternbeiträge anhand einer Präsentation vor.

**AM Henrik Radtke** hat eine Nachfrage zur Ausgestaltung der Einkommensstaffel und Belastungsquoten. Er stellt fest, dass die Belastungsquoten in den Mittleren Einkommen höher ausfallen als in den höchsten Einkommen.

**Herr Pierre Shirvan** weist darauf hin, dass die Darstellung nur zur Veranschaulichung dient und dies keine Abschließenden Werte darstellt. Durch stärkere Progression können soziale Ungleichgewichte abgemildert werden.

**Stv. Felix Blosssey** bewertet die Vorlage als gute Grundlage. Er führt aus, dass eine Anpassung der Beitragsstaffel aufgrund der aktuellen Haushaltssituation notwendig sei. Dabei betont er das Ziel, insbesondere untere Einkommensgruppen zu entlasten und eine sozial gerechte Ausgestaltung zu erreichen. Zugleich wird eine aufkommensneutrale Umsetzung angestrebt. Die finanziellen Auswirkungen sollten übersichtlich dargestellt werden. Eine zusätzliche Belastung der Familien solle möglichst vermieden werden.

**Kämmerin Anja Esser** stellt die Zielsetzung der Aufkommensneutralität in Frage und verweist auf die finanziellen Auswirkungen geplanter Veränderungen im Bereich der Kita-Bedarfsplanung. Vor diesem Hintergrund hält er eine stärkere Beteiligung der Eltern für vertretbar, um gute Rahmenbedingungen für die Kinder sicherzustellen. Andernfalls müssten die Kosten durch die Allgemeinheit getragen werden.

Die **1. Bgo. Annette Herz** unterstützt diese Einschätzung und betont, dass qualitativ hochwertige Bildungsangebote stärker von denjenigen mitfinanziert werden sollten, die hierzu in der Lage sind, um eine Belastung aller Steuerzahler zu vermeiden.

**Frau Anna Neuwald** erkundigt sich, ob durch differenziertere Einkommensstufen ein erhöhter bürokratischer Aufwand entsteht.

**Abteilungsleiterin Stephanie Dellit** stellt klar, dass die Einkommensprüfung ohnehin jährlich erfolgt und kein zusätzlicher wesentlicher Mehraufwand entsteht.

---

**Frau Anna Neuwald** weist zudem auf ihre persönliche Betroffenheit hin und spricht sich für eine stärkere Entlastung kinderreicher Familien aus.

**Bürgermeister Vincent Endereß** stellt klar, dass hierin kein Befangenheitsgrund liegt, und unterstützt grundsätzlich die Entlastung kinderreicher Familien, unabhängig vom Altersabstand der Kinder.

**Herr Fabian Dawin** spricht sich gegen eine rein aufkommensneutrale Lösung aus. Er verweist darauf, dass nur ein Teil der Eltern Beiträge zahlt und betont, dass es sich um eine Gegenleistung für eine kommunale Leistung handelt. Vor dem Hintergrund der Haushaltslage sei eine Erhöhung der Beiträge grundsätzlich vertretbar.

Die **1. Bgo. Annette Herz** weist abschließend darauf hin, dass verschiedene Stell-schrauben (Einkommensstaffel, Beitragshöhe, U3/Ü3-Differenzierung, Geschwisterregelung) im weiteren Verfahren zu prüfen sind.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Sitzungszyklus 06/2026 eine konkrete Vorlage zur Anpassung von Elternbeiträgen für Kitas und OGS auf der Basis der Vorberatung im BSA am 24.02.2026 und im JHA am 11.03.2026 zu unterbreiten. Hierfür sind grundsätzlich folgende Ansatzpunkte denkbar:

- Neustrukturierung der Einkommensstaffel
- Anpassung der Beitragshöhen
- Altersabgrenzung U3/Ü3
- Anpassung der Geschwisterkinderregelung

### **Abstimmungsergebnis:**

Alternative 1: einstimmig

## **9./ Haushaltsplanberatungen 2026; Jugendhilfeausschuss Vorlage: 20/007/2026**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Felix Blossy** berichtet über einen eingereichten Fragenkatalog und erkundigt sich u. a. nach Investitionsmitteln im Zusammenhang mit dem SFLP (150.000 €) sowie nach Mitteln für den Stadtjugendring.

**Abteilungsleiterin Stephanie Dellit** erläutert, dass die Mittel für 2025 ausgezahlt wurden und für 2026 erneut bereitgestellt sind. Die Mittel der SFLP wurden in ein anderes Produkt (130130) übertragen.

**Herr Hanno Krüger** weist auf die angespannte Situation der freien Träger hin. Trotz

weiterhin bestehender freiwilliger Leistungen erfolge keine Erhöhung der Zuschüsse, sodass die Träger mit gleichbleibenden Mitteln auskommen müssten. Er betont die Bedeutung von Investitionen in junge Menschen.

Im weiteren Verlauf wird die Zuständigkeit für den Zuschuss an die Musikschule diskutiert. **Herr Hanno Krüger** sieht diese im Kontext der Jugendhilfe.

**Bürgermeister Vincent Endereß** verweist hingegen auf die Zuständigkeitsordnung, wonach die Behandlung im BSA erfolgt.

**Abteilungsleiterin Stephanie Dellit** ergänzt, dass die Musikschule als Mitglied der AG 78 die Möglichkeit habe, Themen in den JHA einzubringen.

**Herr Hanno Krüger** regt eine erneute Prüfung an.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** greift dies auf und schlägt vor, die Zuständigkeit zu überprüfen und die Musikschule entsprechend zu informieren.

### **Beschluss:**

Für den Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeausschusses werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes -wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2026 ausgewiesen- dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt, die nicht in einer separaten Vorlage behandelt werden, wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

### **Abstimmungsergebnis:**

#### **Veränderungsanträge:**

Nr. 10 Vertragsanpassung SKFM: einstimmig

Nr. 2 Hilfe in Notsituationen - § 20 SGB VIII einstimmig

Nr. 28 Plisses FZ Märchenwald:

**Stv. Jens Pichtemann hat an der Abstimmung nicht teilgenommen und ist mit seinem Stuhl ein Stück nach hinten gerutscht.** einstimmig

Nr. 29 Hausanschlüsse Gas und Wasser FZ Bollenberg 65: einstimmig

Nr. 3 Instandhaltungsmaßnahmen Spielflächen: einstimmig

Nr. 30 Schadstoffsanierung Gruppenräume Kita Am Sandbach:

*Selbst bei einer Schließung der Einrichtung sinnvoll, da es nutzbar ist für die GGS Unterhaan* einstimmig

---

Nr. 31 Geländer Fluchtpodest Jugendhaus: einstimmig

Nrn. 33 bis 35 Personalbemessung (Nachtragsstellenplan in 06/26):

**Bürgermeister Vincent Endereß** erläutert den Ansatz.

Nr. 33: einstimmig, einer Enthaltung

Nr. 34: einstimmig, einer Enthaltung

Nr. 35: einstimmig, einer Enthaltung

Nr. 4 GGS Bollenberg Schattenplatz Förderprojekt 235 T€ Amt 70:

**Stv. Eva-Lotta Dahmann** erkundigt sich, ob hiervon die Bolzplätze betroffen sind.

**Bürgermeister Vincent Endereß** erläutert, dass es sich um ein konkretes Projekt auf dem Schulhof der GGS Bollenberg handelt. ein-  
stimmig

Nr. 43 Anschluss Wasserspielplatz FZ Bollenberg Amt 70: einstimmig

Nr. 45 Reduzierung Ansatz Fortbildung Amt 20: einstimmig

Nr. 50 GGS Bollenberg Verschattung Schulhof 188 T€ Förderung: einstimmig

Nr. 54 Kinderfreundliche Kommune: einstimmig

Nr. 8 Spielgerät GGS Unterhaan: einstimmig

Nr. 9 Anschluss Wasserspielplatz FZ Bollenberg Amt 70: einstimmig

#### **Haushalt:**

einstimmig

### **10./ Kinderfreundliche Kommune – Zwischenbericht** **Vorlage: 51/005/2026**

---

#### **Protokoll:**

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** berichtet zum aktuellen Zwischenstand und teilt mit, dass ein vorzeitiger Einstieg in die zweite Förderphase angestrebt wird. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass noch zwei Themenfelder umgesetzt werden. Zudem wird dem Protokoll ein entsprechender Link zu einer TaskCard mit den Materialien über die UN-Kinderrechtskonvention beigefügt.

<https://www.taskcards.de/#/board/3e3bf5b8-da66-4383-84ef-8851ca6f4846?token=069e5e73-ea94-41b2-9b36-235eb228eafb>



---

Im Weiteren wird über das Thema **Kinderrechte** informiert. Es ist vorgesehen, diese künftig in der Hauptsatzung zu verankern. Für den nächsten Sitzungszyklus sollen konkrete Vorschläge *erarbeitet* werden, wie eine entsprechende Integration erfolgen kann. In diesem Zusammenhang wird auch für den „Kinderrechtekoffer“ geworben. Informationsmaterialien zu den Kinderrechten werden dem JHA zur Verfügung gestellt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Thema **SuS-Haushalte**, zu dem derzeit noch Maßnahmen fehlen. Bei erfolgreicher Umsetzung könnte der Aktionsplan insgesamt rund **1,5 Jahre früher** abgeschlossen werden.

Geplant sind in diesem Zusammenhang zwei Veranstaltungen:

- eine Veranstaltung für den Ausschuss,
- eine Veranstaltung für Kinder und Jugendliche.

**AM Bernhild Kurosinski** erkundigt sich, inwieweit das Konzept der Kinderfreundlichen Kommune bereits in anderen Verwaltungsbereichen eingebunden ist.

Die **1. Bgo. Annette Herz** führt aus, dass die Übertragung der Thematik auf alle Verwaltungsbereiche eine Herausforderung darstellt. Das Jugendamt übernehme hierbei eine zentrale Führungs- und Steuerungsverantwortung.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Abstimmung eines Partizipationskonzeptes für das zweite Quartal vorgesehen ist. Ziel bleibt weiterhin die Entwicklung einer gemeinsamen Haltung und die schrittweise Verankerung in der gesamten Verwaltung.

---

## 11./ Beantwortung von Anfragen

---

### Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

---

## 12./ Mitteilungen

---

### Protokoll:

Mit Blick auf die Sondersitzung des JHA Ende 2025 bedauert die **1. Bgo. Annette Herz** die aus ihrer Sicht fehlende Wertschätzung gegenüber der fachlichen Expertise der Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung. Insbesondere vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels im pädagogischen Bereich betont sie, dass auch der Jugendhilfeausschuss eine Mitverantwortung für die Unterstützung und Stärkung des Fachpersonals trägt. Sie verdeutlicht, dass es für die Mitarbeitenden des Jugendamtes auch andere Beschäftigungsmöglichkeiten gibt.

Im Zusammenhang mit der Vorlage zur Gruppenschließung führt sie aus, dass die zahlreichen, sich wiederholenden und zum Teil sehr kurzfristigen Rückfragen für die Verwaltung nicht nur zu einer erheblichen zusätzlichen Arbeitsbelastung geführt ha-

---

ben, sondern auch den Eindruck entstehen lassen, dass das Vertrauen in die Fachkompetenz sowie in die Zielsetzung des Jugendamtes, eine bestmögliche und verlässliche Betreuung für Kinder und Eltern in Haan sicherzustellen, nicht durchgehend gegeben sei.

Sie plädiert für eine gemeinsame Haltung, wonach gemäß § 70 Abs. 1 SGB VIII der Jugendhilfeausschuss und die Verwaltung des Jugendamtes partnerschaftlich zusammenarbeiten und die Aufgaben gemeinsam wahrnehmen.

Die **1. Bgo. Annette Herz** weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt „Sichtschutz Hallenbad“ in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses verschoben wird. Außerdem wurden die Ergebnisse der Personalbemessung im Jugendamt am 16.03.2026 intern vorgestellt. Diese bilden die Grundlage für den geplanten Nachtragsstellenplan im Juni 2026.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** teilt zum Thema Interkommunaler Ausgleich (IKA) mit, dass eine rechtliche Prüfung derzeit erfolgt.

Anschließend nimmt **Amtsleiterin Stephanie Dellit** Bezug auf die Ausführungen von AM Hanno Krüger und betont, dass die Akquise von Fördermitteln weiterhin aktiv verfolgt wird (u. a. Projekte wie Pazuro und Schulschwimmen). Die Jugendförderung soll auch künftig konsequent weiterentwickelt werden.